

# Vormärts

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Dr. Heinze Reichskommissar für Sachsen.

## General Müller verbietet die Landtagsitzung.

**WTB. meldet amtlich:**  
Der Reichskanzler hat den Minister a. D. Dr. Heinze zum Reichskommissar für Sachsen ernannt.

Dresden, 29. Oktober, 2.15 Uhr nachmittags. (Eigener Drahtbericht.) Die sächsischen Minister haben, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, heute mittag je eine Verordnung des neuernannten Reichskommissars Dr. Heinze erhalten, wonach sie ihres Amtes enthoben sind. Die sächsische Regierung wird gegen diesen Akt der Reichsregierung Protest erheben und sofortige Berufung des Reichsrates fordern sowie eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Länder betreiben. Die Minister sollen bis mittags 2 Uhr die Ministerien verlassen haben.

Dresden, 29. Oktober. (WTB.) Das Wehrkreis-Kommando erläßt folgende Bekanntmachung vom 29. Oktober: In Ausübung der vollziehenden Gewalt verordne ich: Bis zur Einberufung des Landtags durch den vom Herrn Reichskanzler ernannten Reichskommissar findet ein Zusammenritt des Landtages nicht statt.

Dresden, 28. Oktober. In später Abendstunde wird dem Wolff-Bureau aus der Staatskanzlei gemeldet: Die sächsische Regierung lehnt das Ansuchen des Reichskanzlers, zurückzutreten, entschieden ab.

Ein politischer Anlaß liegt dazu nicht vor, und rechtlich ist das Verlangen der Reichsregierung nach der Reichsverfassung unzulässig. Nur der sächsische Landtag ist legitimiert, die Regierung Sachsens abzuberufen. Solange das nicht geschieht, wird die sächsische Regierung auf ihrem Posten ausharren. Sie wird aber alsbald im Landtage eine Entscheidung hierüber herbeiführen.

Zur Entschließung der sächsischen Regierung wird halbamtlich bemerkt:

Der Reichspräsident hat durch eine heute erlassene Verordnung den Reichskanzler ermächtigt, die sächsische Regierung und notfalls andere sächsische Behörden abzusehen. Der Reichskanzler wird auf Grund dieser Ermächtigung, nachdem nunmehr die Entscheidung der sächsischen Regierung gefallen ist, sofort einen Reichskommissar für den Freistaat Sachsen bestellen.

Das Vorgehen der Reichsregierung gegen die sächsische Landesregierung stützt sich auf den ersten Absatz des Artikels 48 der Reichsverfassung, der lautet:

Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.

Für den ganzen Artikel 48 gilt die Bestimmung: „Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.“ Dieses Reichsgesetz ist bisher nicht erlassen.

Man hat aus Anlaß der neuesten Reichsexekution, wie feinerzeit schon in den Fällen von Bremen und Gotha die Frage aufgeworfen, ob die Reichsgewalt überhaupt berechtigt ist, eine Landesregierung abzusehen. Diese Frage wird kaum verneint werden können, auch dann nicht, wenn es sich um eine verfassungsmäßige Regierung handelt. Man kann sich den Fall denken — und man braucht ihn nicht nur zu denken, man braucht nur nach Bayern zu blicken —, daß eine verfassungsmäßige Landesregierung die Verfassung des ganzen Reiches in Gefahr bringt, indem sie konsequent gegen sie handelt. Wenn eine solche Regierung Losreisungsbestrebungen begünstigt oder in ihrem Lande zum Bürgerkrieg gegen andere Reichsteile rüstet, dann muß dem Reich ein Notwehrrecht gegen sie zustehen. Dieser Grundsatz ist auch in anderen föderativen Republiken anerkannt, er ist z. B. in der Schweiz gegen den Kanton Tessin in Anwendung gebracht worden.

Eine ganz andere Frage ist, ob die Einsetzung dieses letzten Notwehrmittels gegen die sächsische Landesregierung rechtlich zulässig und politisch zweckmäßig war.

Die rechtliche Zulässigkeit des Vorgehens gegen Sachsen wird aus der Tatsache hergeleitet, daß eine der beiden Regierungsparteien, die kommunistische, zum Widerstand gegen rechtmäßige Anordnungen der Reichsgewalt aufgefordert hat. Die Tatsache an sich ist unbestreitbar. Denn die proletarischen Hundstscharen sind von Reichsrecht wegen aufgelöst, die Kommunisten haben zum Widerstand gegen diese Anordnung der Reichsgewalt aufgefordert und darüber hinaus den bewaffneten Kampf gegen die Organe der Reichsgewalt gepredigt. Es lag also zweifellos ein Anlaß vor, jene Minister und sonstigen höheren Regierungsbeamten, die der kommunistischen Partei angehören, zu einer klaren Erklärung darüber aufzufordern, ob sie die Parteidisziplin über ihre beschworene Pflicht gegenüber dem Staat stellen, oder ob sie auch gegen diese Disziplin ihren Beamtenpflichten nachkommen wollten. Falls sie eine solche klare Erklärung verweigerten oder sich durch ihre Handlungen in Widerspruch zu ihr setzten, war ein Vorgehen gegen sie zweifellos gerechtfertigt.

Wenn wir ein entschiedenes Vorgehen gegen Bayern fordern, können wir nicht die Verfehlungen kommunistischer

Minister decken, die ihre in einem Einzelstaat errungene Machtstellung dazu mißbrauchen, den bewaffneten Widerstand gegen die Reichsgewalt zu organisieren.

Die sächsische Landesregierung hatte von sich aus die Verpflichtung, ihr Verhältnis zu den kommunistischen Ministern zu klären und zu verhindern, daß Regierungsmitglieder Handlungen begingen, die gegen die Reichsverfassung und die Reichsgesetze gerichtet waren. Kam sie dieser Verpflichtung nicht nach, dann war ein Einschreiten von Reichs wegen auch gegen sie gerechtfertigt.

Man hat aber der sächsischen Landesregierung gar nicht die Zeit gelassen, eine solche Klärung herbeizuführen, sondern ist sofort gegen sie in ihrer Gesamtheit eingeschritten. Der Reichswehrminister wünschte sogar ihre sofortige Absetzung und die Einsetzung eines Reichskommissars. Nur durch den Einspruch der sozialdemokratischen Minister kam man zu dem unzulänglichen Kompromiß, der sächsischen Regierung wenigstens eine Frist von 24 Stunden zu gönnen. Auch jetzt beschränkte man sich nicht auf das Verlangen nach Unteruchung und Absetzung der etwa als schuldig erkannten Minister, sondern es wurde der Rücktritt der Gesamtregierung gefordert. Darin erblicken wir das Unzulässige des von Reichs wegen gegen Sachsen geübten Vorgehens.

Ueber die Frage der politischen Zweckmäßigkeit haben wir uns schon gestern in unmißverständlicher Weise ausgesprochen. Angesichts des treulosen und verräterischen Verhaltens der sächsischen Kommunisten stand die sozialdemokratisch-kommunistische Regierungskoalition in Sachsen sowieso vor dem Zusammenbruch. Ueber der begreiflichen und berechtigten Erregung, die das Vorgehen der Reichsregierung ausgelöst hat, darf man nicht vergessen, daß sich die Kommunisten wie noch immer und überall auch jetzt wieder in Sachsen als ganz unzuverlässige Bundesgenossen erwiesen haben. Wieder hat sich gezeigt, daß zwischen einer Partei, die auf dem Boden des geltenden Rechts für die Interessen der Arbeiter kämpft, und einer anderen, die nur daran denkt, sich selber mit List und Gewalt die politische Alleinherrschaft zu erobern, ein Zusammenwirken nicht möglich ist.

Hätte man diesen Prozeß sich ausreifen lassen, dann wäre die sozialdemokratisch-kommunistische Koalition in Sachsen wahrscheinlich schon binnen weniger Tage in die Brüche gegangen, und die sozialdemokratischen Arbeiter wären um eine nützliche Erfahrung reicher gewesen.

Statt dessen hat die Reichsregierung in ultimativer Form den Rücktritt der sächsischen Gesamtregierung gefordert und damit ein Maß von Solidarität, das zwischen den beiden sächsischen Regierungsparteien gar nicht mehr bestand, erst künstlich wieder geschaffen. Dadurch hat sie die Sozialdemokratie als Regierungspartei im Reich in die aller-schwierigste Lage gebracht. Diese Wirkung ist so offenkundig, daß man sich die Frage vorlegen muß, ob sie nicht von gewisser Seite vorausgesehen und absichtlich herbeigeführt worden ist.

In einem vernünftigen Staatswesen sollten die vorhandenen Regierungen eigentlich andere Ausgaben haben, als sich gegenseitig abzusehen. Die Reichsregierung setzt die sächsische Regierung ab, der derzeitige Nachhaber von Bayern aber, Herr v. Kahr, will die verfassungsmäßige Reichsregierung ablegen. In einer solchen Situation müßte ein Reichskabinet eigentlich alles tun, um seine innere Geschlossenheit bis aufs Äußerste zu wahren und Gegen-sätze, die zur Zerreißung zu führen drohen, gar nicht erst aufkommen zu lassen. Nur so ist zu erreichen, daß nicht Herr v. Kahr über das Reich, sondern das Reich über Herrn v. Kahr den Sieg davonträgt.

Dadurch, daß dieser entscheidende Gesichtspunkt außer acht gelassen wurde, ist eine Gefahr entstanden, deren Ausmaß sich gar nicht abschätzen läßt.

### Stellungnahme der sozialdemokratischen Minister.

Die in einigen Zeitungen aufgestellte Behauptung, daß die sozialdemokratischen Reichsminister der Absichtung der sächsischen Regierung und der Erneuerung eines Reichskommissars zugestimmt hätten, ist unrichtig. Reichswehrminister Geßler als Inhaber der vollziehenden Gewalt nahm den Standpunkt ein, daß er die Maßnahmen gegen Sachsen ohne Zustimmung des Kabinetts vornehmen könne, aber er teile seinen Entschluß loyal der Reichsregierung mit.

Die sozialdemokratischen Minister erklärten, daß auch sie das Ausschließen der kommunistischen Minister in Sachsen für eine Notwendigkeit hielten, nachdem diese und ihre Landtagsfraktion zur

### Zurückhaltung an der Börse.

Die ausländischen Zahlungsmittel sowie die wertbeständigen Kassehefen lagen bei Beginn der neuen Woche nicht sonderlich fest. Es herrschte eine starke Zurückhaltung am Markte der ausländischen Zahlungsmittel. Die Reichsbank konnte deshalb ohne große Mühe die Kurse regulieren. Goldanleihe wurde im freien Verkehr unverändert mit 64 bis 65 Milliarden gehandelt.

gewalttamen Auflehnung gegen die Verfassung aufgefordert haben. Die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder warnen aber wiederholt und eindringlich vor dem vom Reichswehrminister eingeschlagenen Schritt, dem sie unheilvolle Folgen in Sachsen und im Reich voraussetzen. Sie erreichten durch diesen Widerstand, daß die sofortige Entscheidung unterblieb, die Absendung des Schreibens des Reichswehrministers nicht erfolgte und der Reichskanzler der sächsischen Regierung eine Frist von 24 Stunden ließ. Während dieser Frist verjagten die sozialdemokratischen Führer in Dresden eine Entspannung der Lage herbeizuführen. Je nach dem Ergebnis dieser Dresdner Besprechungen behielten sich die sozialdemokratischen Minister ihre Entscheidung vor.

### Erklärung des Parteivorstandes.

Die Vorgänge in Sachsen haben naturgemäß in der Parteigenossenschaft große Erregung hervorgerufen. Die Zentralinstanzen der Partei nehmen zu ihnen ungesäumt Stellung. Der Vorstand der Reichstagsfraktion ist zu diesem Zweck auf Dienstag mittag 1 Uhr einberufen.

Mehr als jede andere fordert die gegenwärtige Situation einheitliche Beschlüsse und ihre einheitliche Durchführung. Sonderaktionen stiften Verwirrung und bringen die gesamte Arbeiterbewegung in schwerste Gefahr. Sie sind deshalb unbedingt zu unterlassen.

Der Parteivorstand.

Die Spitzenvertreter der Gewerkschaften werden zu dem neuesten Vorgehen der Reichsregierung gegen die sächsische Regierung gleichfalls ungesäumt Stellung nehmen. Sie sehen in diesem schroffen Vorgehen einen solchen Widerspruch zu dem nachgiebigen Verhalten gegenüber der bayerischen Auflehnung gegen das Reich, daß es Zweifel an dem tatsächlichen Willen, die deutsche Republik gegen die Reaktion zu schützen, auskommen läßt.

Die unterzeichneten Bundesvorstände erfordern auch die Gewerkschaftsmittglieder dringend, die Möglichkeit einheitlicher Maßnahmen nicht durch übereilte Handlungen zu beeinträchtigen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.  
Allgemeiner freier Angestelltenbund.  
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

### Antwort an den Kanzler.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst berichtet: Das ultimative Schreiben des Reichskanzlers hat innerhalb der sächsischen Arbeiterkraft starke Erregung hervorgerufen. Die Mitglieder der Landtagsfraktion, soweit sie zu erreichen waren, der Bezirksleitungen und der sächsischen Parteiredaktionen traten bereits am Sonntag vormittag um 11 Uhr zur Besprechung des Ultimatus zusammen. Nachmittags wurde die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen und dann in vorgerückter Abendstunde fortgesetzt. Nach Beendigung der Sitzung traten die sozialdemokratischen Minister zu einer Sitzung zusammen, um auf Grund der Beschlüsse der kombinierten Besprechung eine Antwort an Dr. Stresemann feitzulegen. Das Ergebnis war folgendes Antwortschreiben an den Reichskanzler:

Herr Reichskanzler!  
Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 27. Oktober 1923. Das in ihm enthaltene Ansuchen, zurückzutreten, lehnt die sächsische Regierung entschieden ab. Ein politischer Anlaß zu Ihrer Forderung liegt nicht vor und rechtlich ist das Verlangen der Reichsregierung nach der Reichsverfassung unzulässig. Nur der sächsische Landtag ist legitimiert, die sächsische Regierung abzuberufen. Solange das nicht geschieht, wird weiter die sächsische Regierung auf ihrem Posten ausharren. Sie wird aber umgehend im Landtag eine Entscheidung über die Vertrauensfrage herbeiführen.  
Dr. Zeigner.  
Dieser Brief wurde dem sächsischen Gesandten Dr. Gradnauer noch am Sonntag abend nach seiner Rückkehr aus Dresden telephonisch mitgeteilt. Dr. Gradnauer begab sich um 12 Uhr nachts nach zum Reichskanzler, dem er von dem Beschluß der sozialdemokratischen Minister zunächst mündlich Kenntnis gab. Später konferierte der Reichskanzler mit den Genossen Dr. Radbruch und Dr. Hilferding.

Der sozialdemokratische Bezirkstag für Chemnitz, der gestern tagte, hat gegen das Vorgehen der Reichsregierung flammenden Protest erhoben und sich rückhaltlos hinter die sächsische Regierung gestellt. Er fordert den Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung.

### Freiberger Blutbilanz.

Freiberg, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht. 2.15 Uhr nachm.) Nach den endgültigen Feststellungen hat sich die Zahl der Toten auf 27, die der Schwerverwundeten auf 50 bis 60 erhöht.



## Der Zusammenstoß in Freiberg.

Zu den Vorfällen in Freiberg i. Sa., über die wir in der Sonntagsausgabe einen kurzen eigenen Drahtbericht veröffentlichten, verbreitet das Reichswehr-Kreiskommando IV folgende Schilderung:

In Freiberg kam es am Sonnabend zu ersten Zusammenstößen zwischen Reichswehr und radikalen Elementen. Im Laufe des frühen Nachmittags wurden auf Anforderung der Polizei Reichswehr auf zwei Postkraftwagen in die Stadt entsandt, um Ansammlungen zu zerstreuen und Hausdurchsuchungen vorzunehmen. Um 4 Uhr nachmittags erbat der Polizeidirektor militärische Hilfe, da vier Reichswehrgoldaten im Postamt bedrängt wurden. Die Reichswehr säuberte den Postplatz, befreite die vier bedrängten Reichswehrgoldaten, wurde dann aber von der Menge mit Steinen beworfen und aus Pistolen beschossen. Vier Soldaten wurden verwundet, darunter zwei schwer. Die Reichswehr machte in der Notwehr von der Schusswaffe Gebrauch. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten wurden 12-13 Unruhestifter erschossen und gegen 20 verwundet. Es wurde hierauf eine Kompanie in die Stadt entsandt, um die in den Straßen immer größer werdenden Ansammlungen zu zerstreuen und die Ordnung wiederherzustellen.

Die am Abend zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung aus Brand-Erbisdorf herbeigezogene und in der Stadt eingesehete Kompanie des 11. Infanterieregiments stieß unweit der Post auf eine größere Menschenmenge, gegen die nach mehrmaliger vergeblicher Aufforderung zum Auseinandergehen den Vorschriften entsprechend von der Schusswaffe Gebrauch gemacht wurde. Von der Menge wurde das Feuer besonders aus einem Grundstück „Kote Grube“ erwidert, dabei benutzten die Aufreiter sogar ein Maschinengewehr. Die Kompanie klüberte im weiteren Verlauf die Straßen. Patrouillen haben während der Nacht die Stadt durchstreift und Verhaftungen vorgenommen.

In der Nacht wurden von den Aufreibern über die Umzäunung der Kaserne Handgranaten geworfen; auch zahlreiche Schüsse fielen. Nach den endgültigen Feststellungen sind bei der Reichswehr zwei Mann schwer, einer leicht verletzt. Von den Aufreibern und Missetätern sind 23 tot, darunter eine Frau. 31 Verwundete wurden bisher in das Krankenhaus eingeliefert. Es wurde festgestellt, daß bei den Vorgängen an der Post am Nachmittag des 27. die angreifende Menge durchaus planmäßig vorgegangen ist. Eine ganze Reihe von Personen, die bei den letzten Erwerbslosendemonstrationen eine führende Rolle gespielt haben, waren bei diesem Zusammenstoß beteiligt. Zweifelsfreie auswärtige Elemente sollen in großer Zahl die Aufreiber begleitet haben. Einwandfreie Gewährsteile haben mitgeteilt, daß mit Schokolade und Terroraktiven in den nächsten Tagen gerechnet werden muß. Auch verdient besondere Beachtung, daß am 26. Oktober in den Steinbrüchen der Umgebung von Freiberg mehrere Personen Magazine gewaltsam erbrochen und Dynamit und andere Sprengstoffe in beträchtlicher Menge gestohlen haben. Einige Täter sind bereits ermittelt. Ein Teil der Sprengstoffe ist wieder herbeigeschafft worden. Ueber das Verhalten der Reichswehr während der Kämpfe in Freiberg bestreiten durchaus sachliche Beobachter, daß sie in ihrer Zurückhaltung trotz wüster Beschimpfung durch die Menge bis zum Äußersten gegangen ist.

Der Bericht des Wehrkreiskommandos spricht von Feuerkämpfen zwischen der Menge und der Reichswehr. Es wird darauf hingewiesen, daß dem Verhalten der Menge ein Plan zugrunde lag und daß sie über ein Maschinengewehr verfügte. Wenn diese Behauptungen den Tatsachen entsprechen, dann ist es auffällig, daß die Reichswehr nur drei Verletzte aufzuweisen hat (Marzulegen, ob die Verletzungen auf Schusswaffen zurückzuführen sind, vermeidet der Bericht), während von der Menge 23 Tote auf der Strecke blieben und 31 Verwundete nach dem Krankenhaus transportiert werden mußten. Die Vorfälle in Freiberg bedürfen also dringend einer unparteiischen Aufklärung. Bei dieser Gelegenheit wird festzustellen sein, ob Elemente in die Reichswehr aufgenommen werden, die schon wiederholt eine unheilvolle Rolle gespielt haben.

## Der Rundfunk.

Von Karl Fischer.

Es gibt Leute, die fürchten sich vor dem Winter. Ja, einige dieser Angstmüder und Hosenfüße scheuen sich nicht zu behaupten, der kommende Winter werde das Schwerste und Schlimmste von allem sein, was je über uns beschloffen und ergoffen worden ist. Diese eingeschorenen Pessimisten soll man öffentlich auspeitschen lassen, und als wirksamsten Schutz gegen sie soll man sich eines der vielen goldenen Worte Wilhelms vorlagen: Ich dulde keine Schwarzseher!

Denn die Hauptfrage ist und bleibt: das richtige Wort an der richtigen Stelle, was der hohe Herr immer mit einer geradezu rührenden Treffsicherheit herausgefunden hat. Es sei nur so ganz nebenbei an die wahrhaft fundamentale Weisheit erinnert: Ich führe euch herrlichen Zeiten entgegen.

Wie unrecht im übrigen die Schwarzseher von heute haben, beweist die Erfindung des Rundfunks.

Das ist eine ganz famose Erfindung, mit deren Hilfe jeder die angenehmste Unterhaltung sich verschaffen kann, und weiß Gott keine Furcht vor dem langen, leeren und lustlosen Winter zu haben braucht.

Gewiß, es ist wahr, der Besuch von Kneipen, Konzerten, Kabarets, Theater und Dialekt ist ein wenig teuer geworden, und auf den Straßen ist es dunkel und etwas unsicher außerdem. Aber nun haben wir den Rundfunk, bleiben hübsch zu Hause und hören die angenehmsten und schönsten Dinge.

Nachdem man sein Souper verzehet und das letzte Glas Wein geleert hat, setzt man sich in dem mäßig warmen Zimmer um einen runden Tisch, stellt den Telephonapparat darauf — ein Telephon muß man allerdings haben, aber das besitzt doch heute jeder bessere Mensch — und bestiegt am Telephon das Rundfunkgerät.

Diese geniale und für uns geradezu lebenswichtige Erfindung wird sich ohne Zweifel bald so schnell Eingang verschaffen, daß man das Rundfunkgerät bei jedem Krämer für ein paar Goldmark bekommt. Und es spielt auch gewiß keine Rolle, daß man der Postverwaltung ein paar Goldmark für die Erlaubnis bezahlt, das Gerät am Telephonapparat anbringen zu dürfen.

Tann hilft man sich so eine Art Helm über den Kopf und hat den herrlichsten Zeitvertreib, denn man kann nun hören, was in alle Welt an diesem Abend Lebendes und Belustigendes zu Leben ist.

Zum Anfang vermittelt der famose Rundfunk Musikaufführungen. Man sitzt ganz bequem zu Hause an seinem Tisch, ja man kann auch das elektrische Licht dazu löschen, und man bedenke, was man dadurch abermals spart! und läßt sich etwas vorsingen von der Primadonna der Londoner Covent Garden Oper oder vom ersten Tenor des Metropolitan-Opernhauses in New York.

## Landeskonferenz in Bayern.

Stellungnahme gegen Pfälzer Lodstreunungsbestrebungen.

Nürnberg, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Eine Landeskonferenz der Vereinigten Sozialdemokratie Bayerns hat am Sonntag nach einem Referat von Hermann Müller (Franken) zu den politischen Fragen folgende Entschlußfassung angenommen:

„In den Zeiten größter außenpolitischer Bedrängnis droht der Einheit des Reiches schwerste Gefahr. Der ganze Ernst und die Unhaltbarkeit der heutigen Zustände sind dadurch hinreichend charakterisiert, daß die bayerische Staatsregierung die Gehorsamsverweigerung eines hohen Reichswehroffiziers gebilligt und ausdrücklich gedeckt hat und der bayerische Generallandtagskommissar unter Ausschaltung der verfassungsmäßig zuständigen bayerischen Staatsregierung erklären kann, er verhandelt mit der Reichsregierung nicht. Die bisher von dem Generallandtagskommissar eingeschlagene Politik beweist, daß der angeblich für Ordnung und Staatsautorität geführte Kampf Bayerns sich ausschließlich gegen diejenigen richtet, die mit allen ihren Handlungen dartun, daß sie treu und ohne Vorbehalt zur Verfassung des Reiches und des Landes stehen. Von der in der Vereinigten Sozialdemokratie organisierten Arbeiterchaft muß die Politik der gegenwärtigen bayerischen Reichsregierung als besonders ungerecht empfunden werden, weil gerade die sozialdemokratische Arbeiterchaft für die Einheit des Reiches in der Abwehr imperialistischer und separatistischer Politik die größten Opfer erfolgreich brachte. Unerschütterlich und zu allen weiteren Opfern bereit, steht auch heute die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands zum Reich; sie ermahnt aber auch auf das Bestimmteste, daß nunmehr die verantwortlichen Reichsstellen ihrer Verpflichtung nachkommen, Hüterin von Recht, Verfassung und Reichseinheit durch die Tat zu sein.“

Zu den Vorgängen in der Pfalz, über die Landtagsabgeordneter Genosse Endres berichtete, faßte die Landeskonferenz folgende Entschlußfassung:

„Durch die Ereignisse im rechtsrheinischen Bayern veranlaßt, haben die Pfälzer geglaubt, den Versuch zur Bildung eines selbständigen Staates im Rahmen des Deutschen Reiches machen zu sollen. Sie glaubten, auf diese Weise die französischen Loslösungsbestrebungen der Pfalz von Deutschland erfolgreich abzuwehren zu sollen. Daß sie keinen Zoll breit deutschen Bodens Frankreich ausliefern wollten, steht für uns fest. Vertreter bürgerlicher Parteien verurteilten diese Auffassung. Der Gedanke der Errichtung eines selbständigen Pfalzstaates im Rahmen des Deutschen Reiches fand gerade jetzt Boden, da entgegen den klaren Bestimmungen von Gesetz und Verfassung die in Bayern stehende Reichswehr auf die bayerische Landesregierung verpflichtet wurde.“

Ingeachtet dieser Gründe verurteilt die Landeskonferenz dieses Vorgehen, da der Weg zur verfassungsrechtlichen Selbständigkeit deutschen Landes in der Reichsverfassung genau vorgezeichnet ist. Die Landeskonferenz lehnt die Verantwortung für die von Pfälzer Sozialdemokraten ohne jede Verständigung maßgebender Parteinstanzen versuchte Politik nachdrücklich ab.“

## Parteitag der Bayerischen Volkspartei.

Einigung mit Kahr und Knilling.

München, 28. Oktober. (M.) Die Bayerische Volkspartei hielt gestern ihre ordentliche Landesversammlung ab, die in Anbetracht der Bedeutung der schwebenden politischen Fragen sehr stark besucht war. Im Mittelpunkt des Interesses stand das Referat des Vorsitzenden der Landtagsfraktion, Geheimrats Dr. Held, über „Die politische Lage in Bayern“. Nach den Ausführungen Helds ist der Ausnahmezustand in Bayern nicht ein Augenblicksprodukt, sondern ist von verantwortlichen Männern verhängt worden wegen der wachsenden Gefahren in Bayern. Schon seit Wochen sei der Gedanke einer außerordentlichen Maßnahme erwogen worden. Von der Bayerischen Volkspartei sei der Vorschlag ausgegangen, Herrn v. Kahr als Generallandtagskommissar zu bestellen. Im Fall Boffow hält es der Redner für unmöglich, daß die Staatsregierung, die den Weg des bedrängten Rechts gegangen sei, den General fallen lasse. Die eigentliche Quelle aller dieser Konflikte sei der falsche Aufbau der Weimarer Verfassung. Redner fordert für Bayern Finanz- und Verteidigungspolitik und die Verfügung über den bayerischen Teil der Reichswehr in ähnlichem Ausmaß wie vor dem Kriege.

Später wird man natürlich auch das Prägnanteste aus der politischen Welt durch Rundfunk hören, eine Rede Hilters im Zirkus Krone oder den lauten Beifall nach den launigen Worten des lieben Ludendorff im Löwenbräuteller in München.

Das wird sein wie ein Döhl, wie im Märchen wird das sein. Mit dem Rundfunk wird man sich richtig vorkommen wie Heimchen am Herd!

Und da soll man noch Sorgen haben wegen des bevorstehenden strengen Winters!

Was brauchen wir eine andere Währung, was fragen wir nach der Rentenmark?

Denn wir haben den Rundfunk.

Gott sei Dank!

Nur eine kleine Einschränkung sei gestattet einzuschalten.

Bei manchem wird vielleicht die Stimme des hungernden Ragens stärker sein als der strammste Tenor oder Baß, der durch den Rundfunk zu uns strömt.

Indessen, durch solche Richtigkeiten und Rörgereien darf man sich natürlich die Freude an dem famosen Rundfunk nicht trüben oder gar zertrümmern lassen.

Der Männerchor Heidenröslein, Siemensstadt, war zu seinem diesjährigen Herbstkonzert in Spandau in stattlicher Zahl angetreten. Das Baumaterial hat eine ansprechende Aufführung erfahren, nur in den Tönen macht sich hin und wieder Mangel an Weichheit im Piano bemerkbar, besonders auffällig in dem vom Chormeister P. A. Joseph selbst vertonten Text „An die Hoffnung“, wo der sanfte Fluß der Melodie in der höheren Lage zu scharf akzentuiert wurde. Auch Mozarts „Weise des Gefangenen“ ließ sich, obwohl es rhythmisch gut durchgeführt wurde, „Nachgelang“ von Schubert erst zog die Register alten Könnens, hier allerdings überzeugend und belebend, und schlug schwingende Brücke zum Tempo des nachfolgenden „Närrchens“ aus Curganthe. Reinhold Joseph begleitete am Flügel, doch nicht immer nachahmend, wo Dynamik es erheischte. Mit der bekannten Komposition „Das heilige Feuer“ von Uthmann und zwei schlichten Volksliedern zeigte der Chor, daß hier sein wahres Reich ist; lebendig, wahr klang das oft gedrückte „In einem kühlen Grunde“ und „Nun leb wohl, du kleine Gasse“ nicht in den Raum, sondern ins Herz hinein. Lebhaften Anteil am wohlverdienten Beifall hatte Frau Maroquete Wallotte mit ihren Liedern zur Laute. Sehr Anpreisungswürdig kamen auf ihre Kosten; Herr P. A. Joseph interpretierte vier lyrische Stücke von Grieg, grundverschieden im Charakter, mit bewohnter Technik und feiner Abstimmung. Die Wiedergabe der Barocktrio Wits über den Faust-Wagner-Sounds war ungetrübter Gewinn. Schade, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse so manchem verbieten, an so wohlklingenden Konzerten teilzunehmen und der sonst stets überfüllte Saal diesmal manche Lücke zeigte. Emil Rath.

Das Leipziger Arbeiterbildungsamt hat, wie bereits berichtet und festgestellt ist, im Durchschnitt 6 Schauspieler- und 3 Opern- (auch Operetten-)aufführungen besetzt.

Trotz schwerer Erkrankung wohnte auch Geheimrat Dr. Heim den Beratungen kurze Zeit bei und erwähnte in seiner kurzen Ansprache die Parteifreunde, in dieser furchtbaren ersten Zeit nicht an Kleinigkeiten herumzuredeln. Dr. Heim forderte die Partei auf, sich hinter die Staatsregierung und den Generallandtagskommissar zu stellen. Zu den gegen seine Person erhobenen Vorwürfen hinsichtlich des Separatismus bemerkte Dr. Heim: Mein Gewissen ist rein. Ich habe nie einen Schritt unternommen, der nicht darauf abgestimmt gewesen wäre, Deutschland zu helfen. Da heißt es immer, Dr. Dornen habe jahrelang mit Dr. Heim verkehrt. Ich habe Dr. Dornen ein einziges Mal im Jahre 1919 getroffen. Sobald ich seine politischen Ziele erkannt hatte, war er für mich erledigt. Seit 1920 habe ich weder direkt noch indirekt Beziehungen zu ihm gehabt. Zum Fall Boffow äußerte sich Dr. Heim dahin, daß, so wie man sich in Berlin die Lösung denke, die Dinge nicht gingen.

Ministerpräsident Dr. v. Knilling vermahnte sich dagegen, daß die bayerische Regierung einen Vermittlungsversuch des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns im Falle Boffow durchkreuzt hätte. Dr. Brauns sei erst zu ihm gekommen, als die Abberufung Boffows der bayerischen Regierung bereits amtlich notifiziert war. Im übrigen begründete der Ministerpräsident eingehend die bekannte Stellungnahme der bayerischen Staatsregierung zu dem Konflikt. Der Artikel, der den Reichskommissar zum Verbot des „Völkischen Beobachters“ veranlaßt hatte, sei schon vor dem Erlaß des Reichsausnahmestates erschienen.

Die Aussprache ergab einstimmige Billigung der Schritte der bayerischen Regierung, des Generallandtagskommissars und der Parteileitung.

Der frühere Ministerpräsident Graf Verchenfeld sprach sich dahin aus, daß die Fehler, welche in der Boffow-Frage in Berlin gemacht worden seien, riesengroß wären. Zum Schluß wurde eine längere Entschließung angenommen, in der der bayerischen Staatsregierung, insbesondere dem Ministerpräsidenten Dr. v. Knilling und dem Generallandtagskommissar der wärmste Dank und die volle Anerkennung ausgesprochen wird.

## Todesurteil in Hamburg.

Festungshaft in Cottbus.

Hamburg, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das außerordentliche Gericht in Hamburg hat am Sonnabend die ersten Urteile gegen die kommunistischen Putschisten ausgesprochen. Die Angeklagten stehen durchweg im Alter von 18 bis 22 Jahren. Unter ihnen befindet sich ein Tischlerlehrling, der kaum 16 Jahre zählt und die Menge zum Widerstand gegen die Polizei angeführt haben soll. Er erhielt zwei Monate Gefängnis. Schlimmer lautet das Urteil gegen den Angeklagten Schlosser Thorell, der 22 Jahre alt ist. Er wird wegen Hochverrats und Aufruhr zum Tode und wegen versuchten Totschlags zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Eine Reihe von Angeklagten hatte sich wegen Landfriedensbruch und Plünderung zu verantworten. Das Urteil lautete auf Gefängnis bis zu zwei Monaten, und in einem Falle zu einem Jahr Zuchthaus.

Der zum Tode verurteilte Thorell hatte sich an der Entlassung der Ordnungspolizei beteiligt und hinter einem stehenden Beamten hergeschossen. Darin wurde der Totschlagsversuch erblickt. Als er später verhaftet wurde, ist er von erregten Polizeibeamten so verprügelt worden, daß er ein Auge verlor. Trotzdem wurde er auch noch zum Tode verurteilt.

Das Hamburger Urteil steht in schroffem Gegensatz zu dem Reichsgerichtsurteil wegen des Rüsttriner Putschs. In Hamburg wie in Rüsttrin handelte es sich um bewaffneten Aufstand. In beiden Fällen sind Menschenleben vernichtet worden. Aber der Führer der Rüsttriner Aufständischen wurde zu zehn Jahren Ehrenhaft, einer der Beteiligten in Hamburg — nicht einmal ein Führer! — dagegen zum Tode verurteilt. In Rüsttrin putschten, um im Stil der Reichswehr zu reden, „Nationalkommunisten“, in Hamburg wirkliche Kommunisten. Daher der Unterschied in der Strafbemessung!

Der ehemalige Reichskanzler Cuno ist aus den Vereinigten Staaten wieder in Hamburg eingetroffen.

Ein Ausweg aus der Zentralheizungsnot. Viele Mieter von zentralbeheizten Wohnungen wären heute froh, keine Zentralheizung zu haben. Sie sind infolge der unermüdet steigenden Lage auf dem Wohnungsmarkt an ihr „teures“ Heim gebunden und wissen nicht, wie sie die hohen Brennstoffkosten für die bevorstehende Heizperiode aufbringen sollen. In ihrer wohlverstandenen Beforgnis greifen sie zu den verschiedenartigsten Mitteln, um sich eine warme Wohnung zu sichern. Der eine läßt sich Kachelöfen setzen, der andere verzichtet sich auf einen neuangekauften Dauerbrandofen, dessen Heizkraft ihm in günstigen Fällen ein einziges warmes Zimmer verschafft; ein dritter versucht es mit der Gas- oder elektrischen Heizung, um allmonatlich festzustellen, daß die Kosten dieser Heizungsarten noch teurer sind als die Unkosten für die früher betriebene Zentralheizung. Doch es gibt für alle Frieden und selbst für die weniger begüterten Mieter von zentralbeheizten Wohnungen einen Ausweg aus allen Heizalamitäten, der nicht nur den Vorzug einfachster Umstellungsmöglichkeit und dauernder größter Betriebsbilligkeit, sondern auch den besonderen Vorteil hat, daß man die zentral beheizte Wohnung in vollem Umfang weiterbenutzen kann. Die in den einzelnen Wohnungen vorhandenen Heizkörper werden einfach an einen kleinen Zimmerheizkessel angeschlossen, wie ihn die vorgeschrittene Gießtechnik neuerdings auf den Markt gebracht hat. Die Umstellung ist überall möglich, wo sich ein Schornstein befindet, nötigenfalls in der Küche. Mit dieser Wohnungsheizung ist jeder Mieter völlig unabhängig vom Hauswart und von allen anderen Mietparteien; er regelt ihren lauberen und einfachen Betrieb je nach seinen Bedürfnissen und dem Inhalt seines Geldbeutels.

„Die Schöpfung“ von Josef Hanft fand auf Veranlassung des Volksbildungsamtes Brenzlauer Berg im Saalbau Friedrichshagen durch das Berliner Kontinentalerinsorchester (Kapellmeister Arnold Ebel), den Schöpferischen Chor und die Schöneberger Sinfonieorchester vor gut besetztem Saal eine in ganzen erfreuliche Wiedergabe. Kapellmeister Ebel hielt das Ganze straff und energisch (manchmal etwas zu straff) zusammen. Solisten waren Minna Ebel-Wilde, Alfred Wilde und Kammerfänger Arnold Fischer. Die Zuhörer ließen sich willig und dankbar von dem süßen zärtlichen Tongewebe über die Nöte des Tages hinwegleiten.

Im Deutschen Odeonhaus wird „Carmen“ Donnerstags neuinszeniert. In den Spielplan eingestellt unter Leitung von Leo Bix mit Vera Schwarz als „Carmen“ und Ami Lauber als „Don José“. — Das russische romantische Theater gibt Sonnabends, den 3. und Sonntag, den 4. November, Gastspiele mit neuem Programm.

Rudolf v. Saban, der bekannte Hamburger Tanzpädagoge, wird sich demnächst mit seiner gesamten Tanztruppe in der Viktoria-Oper präsentieren. Es sind zunächst folgende Vorstellungen geplant: 2. November „Carmen“, 5. November „Roméo und Julia“, 9. November „Die Welt der Tanten“. Sämtliche Tanztruppen sind von Saban verfaßt und inszeniert.

Die Buchhändlerkasselerkennung, die zuletzt fast täglich geändert werden mußte, wird jetzt nicht mehr von den Verlagsorganisationen festgelegt. Die Buchhändler werden sie selbst festlegen unter Berücksichtigung des Berliner Dollarkurses vom Tage vorher.



## Poincaré gegen die Konferenz.

Es bleibt alles beim alten.

Poincaré, der, wohl oder übel, den vorletzten Sonntag zugunsten Millerands hatte verstreichen lassen müssen, ohne zu reden, hat gestern wieder das Wort in seinem langjährigen Sommerstübchen in Campigny ergriffen. Diese Kundgebung, obwohl sie im allgemeinen nur eine Wiederholung seiner üblichen Ansprachen vor Kriegerdemokraten bildet, war ausnahmsweise wieder von einiger Bedeutung, weil sie eine Erklärung zu der bedingten Annahme des englisch-amerikanischen Konferenzvorschlages bildete.

Poincaré wandte sich zunächst gegen seine Kritiker im Lager der Radikalen und der Anhänger Clemenceaus; sodann warf er Deutschland vor, daß es einen heuchlerischen Frontwechsel vorgenommen hätte, indem es früher erklärt hätte, es könne die Kohle nicht liefern, weil es sie selbst unbedingt brauche, und jetzt behauptet, es könnte zwar die Kohle entbehren, sei aber außerstande, sie zu bezahlen.

Sodann streifte der Ministerpräsident die Separatistenbewegung im Rheinland. Die betreffenden Sätze lohnen eine wörtliche Wiedergabe:

Wir haben es stets vermieden, uns in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzumischen. Welches auch künftig die Verfassung Deutschlands sein möge, welcher Art auch späterhin die gegenseitigen Beziehungen der Staaten sein mögen, aus denen unmittelbar nach Abschluß des Friedensvertrages das Deutsche Reich zusammengesetzt war, niemals wird uns der Gedanke kommen, das Gewissen der Bevölkerung zu verärgern. Wir nähren keinerlei Annexionsabsichten. Über wir werden nicht darauf verzichten, dauernde Sicherheitsgarantien zu verlangen. Diejenigen, die uns in Versailles versprochen worden waren, haben wir nicht erhalten.

Damit wird zugegeben, daß sich Frankreich für die Separatistenbewegung unter dem Gesichtspunkt seiner Sicherheit interessiert. Wohl vermeidet er es noch, sich mit der Bewegung zu identifizieren, er vermeidet aber, die Anklagen über die mehr als wohlwollende Förderung der Separatistenpläne durch die französischen und belgischen Behörden kategorisch zurückzuweisen.

Im Zusammenhang mit dem Problem der Sicherheit wiederholte er seine Anklagen über die geheimen Rüstungen Deutschlands. Sodann ging er zum Ruhrproblem über:

Wenn wir die Pfänder nicht genommen hätten und im Januar dieses Jahres Deutschland einfach das zwei- oder dreijährige Moratorium gewährt hätten, das Deutschland von uns verlangte, stände es Deutschland nicht nur frei, nicht zu bezahlen, sondern auch sich weiter auf unsere Kosten zu bereichern und sämtliche Fabriken mit Ruhrkohle zu überschütten. Jetzt hingegen ist Deutschland selbst daran interessiert, sobald wie möglich die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um seine Gläubiger zu bezahlen. Es weiß, daß wir unsere Pfänder nicht aus der Hand geben werden, bevor wir nicht den Betrag unserer Reparationen erhalten haben. Seine Sache ist es, durch eine aufrichtige Anstrengung den Zeitpunkt näher zu rücken, in dem wir das Ruhrgebiet räumen.

Was noch immer die gleiche bewußte Zweideutigkeit und Unklarheit. In dem einen Satz wird gesagt: Wir bleiben im Ruhrgebiet, bis unsere (alle?) Reparationen bezahlt sind, und im nächsten heißt es: an Deutschland liegt es, dem Termin der Räumung näherzurücken.

Der zweite Teil der Rede war eine Antwort auf Baldwin und eine Erläuterung des französischen Standpunktes zu dem Konferenzvorschlages. Hier ist der Gedanke folgender:

Der Friedensvertrag muß eingehalten werden. Die deutsche Schuld ist von der Reparationskommission endgültig festgestellt. Sie kann nur mit Frankreichs Zustimmung herabgesetzt werden. Frankreich werde sich aber einer Herabsetzung widersetzen.

Etwas anderes ist es, zu prüfen, was Deutschland „morgen und in nächster Zukunft“ zahlen kann. Das ist aber Sache der Reparationskommission. Deutschland kann darüber von ihr gehört werden und hat dies bereits beantragt.

Zu dem Vorschlag Baldwin's wirft er folgende Fragen auf: Worüber würde jedoch eine internationale Konferenz beraten? Wie würde sie zusammengesetzt sein? Welches Zusammenwirken würde zwischen ihr und den Regierungen oder der Reparationskommission bestehen? Welches wären ihre Kompetenzen? In England hat man sich viel über meine Kompromisse lustig gemacht. Wieviel Reden würde uns nicht Tag für Tag eine internationale Konferenz bringen und wie widerspruchsvoll und unnützlich würde sie nicht ohne Zweifel sein?

Nachdem er in dieser geistvollen Form den Konferenzvorschlag lächerlich gemacht hat, erklärt er sich mit ihm einverstanden. Vorausgesetzt allerdings, daß England nicht daran denke, Deutschland einen Sitz in der Konferenz zu gewähren: Die Reparationskommission ist da, sie nimmt alle Tage Untersuchungen vor. Ohne etwas unerhört Neues zu tun, steht es ihr frei, den offiziellen Delegierten der Vereinigten Staaten um die Ernennung der amerikanischen Sachverständigen zu bitten, die zusammen mit dem französischen, englischen, italienischen und belgischen Sachverständigen die gegenwärtige Zahlungsfähigkeit Deutschlands prüfen und von Deutschland ein Programm für die Sanierung seiner Finanzen und seiner Währung sowie einen bestimmten Reparationsplan verlangen sollen. Und das alles im Rahmen des Friedensvertrages. Aber wie können uns nicht damit einverstanden erklären, daß der Reparationskommission ihre Zuständigkeit entzogen werde, oder daß man sie durch ein Organ ersetze, in dem unser Einfluß, der schon soviel hinter unseren Interessen zurückbleibt, noch weiter eingeschränkt würde. Die Grenze unserer Zuständigkeit ist erreicht.

Mit anderen Worten: Frankreich hat die Zuständigkeiten, die es noch vor drei Tagen gemacht zu haben schien, wieder vollständig rückgängig gemacht. Von einer internationalen Konferenz ist keine Rede mehr, höchstens von einer Erweiterung der Reparationskommission durch offizielle amerikanische Sachverständige. Im übrigen bleibt alles beim alten.

Russolini hat dem Konferenzvorschlages, wie es scheint, ohne Vorbehalt zugestimmt. Belgien hat sich lediglich für eine erweiterte Konferenz der Reparationskommission ausgesprochen. Präsident Masaraki hat anlässlich des 5. Jahrestages der tschechoslowakischen Republik eine Botschaft an die Mitglieder der Regierung und des Parlaments gerichtet, in der es heißt:

Während meiner Anwesenheit in den Hauptstädten des Westens kamen aus Amerika Nachrichten, die uns alle erfreuen können, — daß nämlich Amerika an der Lösung des Reparationsproblems teilnehmen wird. Ich glaube, daß der englische Außenminister diese freundschaftliche Stimmung Amerikas in geeigneter Weise ausnützen wird. Das organisierte und gefestigte Deutschland wird wie für England so auch für uns ein Konkurrent sein. Die Militärs befinden sich daher in einer eigentümlichen Situation, daß sie Deutschland bis zu einem gewissen Grade gegen sich selbst helfen. Trotzdem sind sie zu dieser Hilfe bereit. Ein zerrüttetes Deutschland ist für uns alle gefährlicher. Wir teilen nicht den Pessimismus bezüglich Deutschlands und seiner Zukunft.

## Die Volkspeisungsaktion.

In dem Aufruf, den das preussische Staatsministerium Ende September zugunsten der Schaffung von Volkspeisungen erlassen hat, wurde als „oberster Grundgedanke“ verkündet, daß alles geschehen müsse, um zu verhindern, daß jemand Hunger leide. Es ist nicht zu bestreiten, daß der Appell um freiwillige Spenden einen gewissen Erfolg zu verzeichnen hat. Niemand aber wird behaupten können, daß mit diesen freiwilligen Beiträgen das Ziel zu erreichen sei, was die preussische Regierung sich gesteckt hat. Dabei hat der Landwirtschaftsminister, der als Staatskommissar für Volksernährung für diese Aktion zuständig ist, auf eine Eingabe dem „Propagandaausschuß für Gemeindefürsorge“ den Bescheid zugehen lassen, daß die Sache in den Händen der Gemeinden liege, mit denen man sich direkt in Verbindung setzen müsse. Gegen diese Taktik, den Gemeinden die alleinige Verantwortung für Durchführung der von der Regierung versprochenen Maßnahmen zuzuschreiben, muß um so mehr Einspruch erhoben werden, als schon jetzt festzustehen scheint, daß noch fast alle Voraussetzungen fehlen, um den Gemeinden ihre Aufgabe für derartige Massenverpflegung zu erleichtern.

Beschaffen werden die längst losgeschlagenen Kriegseinrichtungen kaum wieder ersetzt werden können. Man hat sich da die Tatsache vor Augen zu halten, daß z. B. für eine bereits eingegangene

## Funktionär-Konferenz

aller BVPD-Funktionäre.

Morgen, Dienstag, den 30. Oktober, abends 7 Uhr, im großen Saal der Brauerei, Tempelhofer Berg, Fidinstraße 3.

Tagesordnung: „Die Vorgänge in Sachsen“.

Berichterstatter Genosse Künstler und Genossin Wurm.

Mitgliedsbuch und Funktionärkarte legitimieren.

Zur Deduktion der Ankosten Zellerfammling.

Der Bezirksvorstand.

Summe von 13 Billionen auch nicht entfernt die Kessleinrichtung für eine kleine Gemeinde zu beschaffen möglich ist. Und man kommt dafür einen Anhalt, was in den großen Gemeinden an Mitteln für einen Ausbau vorhandener und Schaffung neuerer Küchen, vor allem aber Abgabe von verbilligtem bzw. teilweise kostenloses Essen in diesen Hungerwintern nötig wird. Daher hat der Berliner sozialdemokratische Bezirksrat kürzlich mit gutem Grund auf die Gefährdung der Speisungen aufmerksam gemacht und die Forderung erhoben, daß die Finanzierung nicht überwiegend der freiwilligen Wohltätigkeit überlassen werden darf. Zweck ausreichender Finanzierung und Sicherstellung werden Forderungsgaben der Landwirtschaft in Form von Naturalleistungen, und schließlich eine Ermächtigung an die Gemeinden zur Erhebung von Sondersteuern verlangt. Wenn der Gedanke der preussischen Regierung wirksam der Verwirklichung nahegebracht werden und den Speisungen nicht das unerträgliche Odium der „Bettelsuppen“ anhaften soll, dann darf man erwarten, daß die Regierung hierzu schleunigst Stellung nimmt. Sie wird nicht darum herumkommen, daß mit der Freiwilligkeit allein ernsthaft nichts erreicht werden wird. Ueberhaupt wäre es angebracht, daß auch die Reichsregierung recht ernsthaft sich damit befaßt, wozu eventuell schon die Heranziehung der Landwirtschaft zu Naturalleistungen und auch die Notwendigkeit, die Aktion über Preußen hinauszuweihen, anregt. Herr v. Koenig, der neue Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, mag sich hierbei die Sporen holen. Martin Färber.

## Unter falscher Flagge.

Internationale und Ehrhardt-Bied.

Man schreibt uns: Die Sozialistische Arbeiterjugend des Werbebezirks Ostbahn veranstaltete am Sonntag im Kaulsdorfer ein Volksfest. Was es zum Zufall oder wie kam es, jedenfalls hielt der Bismarckbund am gleichen Tage in Kaulsdorf auch ein Fest ab. Die Sache spielte sich folgendermaßen ab: Gegen 7 Uhr taucht in der Nähe der Schule unter den Klängen der Internationale ein geschlossener Zug auf. Unsere Genossen dachten, es sei eine Berliner Dringruppe, die unsere Veranstaltung besuchen wolle, und zwei Genossen gingen den Anführern entgegen, um den geschlossenen Zug aufzulösen, da die Kaulsdorfer Polizei Schwierigkeiten machen könnte. Auf einmal erschallt es:

„Haltetrecht am Stahlhelm, Schwärzweihäutes Band: Die Brigade Ehrhardt Werden wir genannt.“

Unsere Genossen sind von 50 bis 100 Bismarckbündlern umringt. Es bleibt weiter nichts übrig, als die Beine in die Hand nehmen und zu flüchten. Der gesamte Bismarckbund hinterher. Unsere Mitglieder und Gäste zogen sich in die Schule zurück, und dann sperrten unsere kräftigsten Burden den Zugang ab. Dank der mustergültigen Disziplin unserer Genossen wurden weitere Zusammenstöße vermieden und der Bismarckbund zog unverrichteter Dinge wieder ab. Die herbeigerufenen Polizei konnte weiter nichts mehr tun, als unsere Veranstaltung vor weiteren Übergriffen zu schützen. — Bis uns weiter mitgeteilt wird, veranstaltete der Bismarckbund am Bahndamm in Biesdorf eine Feiddiebstahlübung, die von der Schuppolizei gesprengt wurde und wobei vier Bismarckbündler verhaftet wurden. Ob nicht bald die rechtlichen Grundlagen gegeben sind, um dem republikgefährdenden Treiben des Bismarckbundes ein Ende zu bereiten?

## Kostbarkeiten nebst dem Wadchund gestohlen.

Bei einem Kaufmann in der Brangelstraße 52 erbeuteten Einbrecher für 100 000 Goldmark Werte, während er im Theater war. Obwohl die Tür durch Kunstschlüssel besonders gesichert war und ein sehr scharfer Schäferhund auf dem Flur lag, gelang dieser rätselhafteste Einbruch, bei dem die Täter u. a. einen Herrenpelz, eine Damenpelzgarne, ein Seidpelzjackett, eine goldene Herrenuhr, zwei goldene Damenuhren, ein Armband mit Brillanten, ein goldenes Fehn-Dollarstück, Brillantohrringe, Broschen und Ringe erbeuteten. Sogar der Schäferhund wurde mitgestohlen, wahrscheinlich nachdem er vorher vergiftet worden war. Weil niemand imstande war, die Tür mit einem Dietrich zu öffnen, mehrere Annetüren mit Nachschlüssel geöffnet worden sind, so besteht der dringende Verdacht, daß das Dienstmädchen des Besichtigten und sein Geliebter ihre Hand im Spiel gehabt haben.

## Die „gefährlichen“ Kartoffelstoppeler.

Auf die im „Vorwärts“ Nr. 505 veröffentlichte Notiz mit dieser Ueberschrift erwidert die Pressestelle des Polizeipräsidiums: Wie schon in der früher gegebenen Darstellung zum Ausdruck kam, erfolgte der Zusammenstoß der Polizei nicht mit den Kartoffelstoppeln, sondern mit einer Wengie, die mit Gewalt in ein noch nicht abgeräumtes Feld einbrach. Es handelte sich also nicht mehr um harmlose Kartoffelstoppeler, sondern um Kartoffeliebe. Nach den amtlichen Vernehmungen ist ferner zweifellos festgestellt, daß der Beamte erst nach zehn- bis zwölffacher Wiederholung der vor-

geschriebenen Aufforderung an die Wengie, das Feld zu räumen, geschossen hat. Und zwar erfolgten zunächst etwa zehn Schreckschüsse, und erst als der Beamte, der allein und von den anderen Beamten eine Strecke entfernt war, mit den Kartoffelgeräten tödlich an seinem Leben bedroht wurde, gab er einen Schuß an die Wengie ab. Der Waffengebrauch erfolgte also in der Notwehr, nicht in Ueberzeugung und Uebergriffligkeit. Auch die Annahme ist zutreffend, daß der Beamte erst vor nicht langer Zeit nach Berlin kommen sei, vielmehr befindet er sich bereits seit dem Jahre 1920 an der Polizeiinspektion Neukölln, und es handelt sich um einen höchst gewissenhaften und tüchtigen Beamten mit bisher einwandfreier Dienstführung. Im übrigen ist die weitere Untersuchung der Vorfälle angeordnet.

Wir wollen das Ergebnis dieser Untersuchung abwarten.

## Aus dem Räuberparadies des Ostens.

Feuergefecht zwischen Räubern und Ueberfallkommando.

Zu den unsichersten Stellen in Groß-Berlin gehören schon seit längerer Zeit der Plänterwald an der Obersee, der angrenzende Treptower Park und der Schlesiische Busch an der Grenze des alten Berlins. Wie wir schon wiederholt berichteten, trieben dort namentlich Räuber ihr Unwesen, die sich für Kriminalbeamte ausgaben. Als „Spanner“ machten sie sich mit Borstke an Bächen, die auf den Bänken sitzen, heran, aber auch an andere Leute.

In der Nacht vom Sonntag zum Montag gegen 12 Uhr wurde der Kaufmann Werner Seidenberg aus Lichtberg angefallen und mit der Pistole gesteuert. Er zog aber gleichfalls eine Schußwaffe und gab einen Schreckschuß ab. Die Räuber schlugen ihn die Pistole aus der Hand, nahmen sie ihm weg und entkamen. Während herbeigerufene Beamte das Gelände absuchten, begegnete ihnen ein Mädchen und teilte ihnen mit, daß es ebenfalls von zwei Männern überfallen sei, während es im Plänterwald mit seinem Bräutigam auf einer Bank gesessen habe. Nur dem Umstande, daß noch mehr Leute als sonst unterwegs waren, verkannte es das Paar, daß es nicht ausgeplündert wurde. Das Mädchen erkannte in einem von ihnen den Räuber wieder. Die Beamten nahmen sofort die Verfolgung der Verdächtigen auf und es kam zwischen ihnen und den Räubern — denn die waren es in der Tat — zu einem gefährlichen Feuergefecht. Trotzdem entkamen die Räuber. Es ist aber möglich, daß einer von ihnen eine Schwere Wunde erhalten hat, die er sich irgendwo hat verbinden lassen. Mitteilungen nach dieser Richtung und auch sonst zur Ergreifung der Räuber nehmen Kriminalkommissar Kuk oder das Raubdezernat im Polizeipräsidium entgegen.

## Ueberfall der „Maitolonne“ auf ein Tanzlokal.

In dem Bergnügungspalast und Ausschankkafal der Schloßbrauerei Schöneberg, Hauptstraße 122, fand am Sonntagabend ein öffentliches Tanzvergnügen statt. Gegen 10 1/2 Uhr erschien ein Trupp junger Leute und begehrte Einlaß. Da die Burtschen sich äußerst unwürdig benahmen und auch an ihrer Kleidung Anstoß genommen wurde, wurden sie zurückgewiesen. Sie erwiderten sich, kehrten aber nach kurzer Zeit wieder zurück, nachdem sie sich mit Eisenstangen und Knütteln bewaffnet hatten. Der Geschäftsführer des Lokals hatte aber inzwischen eine Warnung erhalten und bewachte mit anderen Angestellten den Burtschen, die der sogenannten Schöneberger Maitolonne angehören, einen warmen Empfang. Es kam in dem gefüllten Tanzlokal zu einer wilden Schlägerei, wobei auch Tische und Stühle demoliert wurden. Schließlich konnten die Eindringlinge hinausgeworfen werden.

## Ein Anti-Diätenantrag in der Stadtorordnetenversammlung.

Die Demokratische Fraktion in der Berliner Stadtorordnetenversammlung hat sich in ihrer letzten Sitzung gegen die Diätenzahlung an Stadtorordnete und andere Personen ausgesprochen, deren Tätigkeit für die Gemeinde nach dem Gesetz ehrenamtlich sein soll. Daraufhin hat die Fraktion heute dem Stadtorordnetenvorsitzer folgenden Antrag unterbreitet: „Die Stadtorordnetenversammlung ersucht den Magistrat um eine schleunige Vorlage über die Befreiung der Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich tätige Bürger der Stadt Berlin.“

## Hauptmann v. Beersee spricht heute abend 8 Uhr in den

Kammern in einer Veranstaltung der Deutschen Roten Kreuzgesellschaft. Wer aus dem Zusammenbruch und Untergang den Weg ins Freie bis in die letzte Konsequenz mitgehen will, wer Brudermord und Judenverfolgung nicht mehr unillich mitmachen kann, wer an die Wiedergeburt Deutschlands und der Menschheit glaubt, ist in der Verammlung willkommen.

## Eine Verwechslung. Im Sonnabendvormittag hat ein Kassen-

bote, der um 1/2 Uhr vom Bahnhof Tiergarten mit dem Spindlersfelder Zug fuhr, das Frühstückspaket eines Mitfahrenden mitgenommen und sein Paketchen, in dem eine braune Brieftasche mit eingewickelt war, im Abteil liegen gelassen. Er bittet herzlich um Aushändigung der Schriftstücke und der darinliegenden Schriftstücke. Das aus Irrtum mitgenommene Paket war im „Vorwärts“ eingewickelt. Es wird gebeten, die Brieftasche abzuliefern an Arthur Schmod, Klopstockstr. 9, Gartenhaus.

## Wieviel Geld darf man bei Auslandreisen mitnehmen? Vom

25. Oktober 1923 ab ist der Höchstbetrag für die persönliche Mitnahme von Zahlungsmitteln nach dem Auslande auf 500 Goldmark (umgerechnet nach dem jeweiligen Umrechnungsfuß oder dem Gegenwert des Betrages in ausländischer Währung) festgelegt.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunächst trocken und heiter. Mäßige Nacht- und unteränderte Tagstemperaturen bei mäßigen südwestlichen Winden, später zunehmende Bewölkung.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

13. Kreis: Tempelhof, Marienbad, Marienfelde, Nollendorf. Die Bildungsfunktionäre aller vier Orte, sowie die für den Betrieb interessierten Genossen treffen sich zur Aussprache der Karten für die am 9. November im Tempelhofer Gymnasium stattfindende Revolutionsfeier am Dienstag, den 30. Oktober, in Marienbad, Schule Nollendorf, eine Viertelstunde vor Beginn der Mitarbeiterversammlung. Mitwirkende: Helmut Genosse Grippen, Franz Strauß, Wolf (Gejang), die Mitglieder der Staatsanwaltschaft Prof. Dr. Müller, Hermann Kauf (Geld), Dr. Franz Joll (Kassier).
14. Kreis Neukölln. Kreis-Schulsaalabend! Dienstag, den 30. Okt., 7 1/2 Uhr. Versammlung im Realgymnasium, Kaiser-Friedrich-Straße 21a. Vertreten der Genossin Hedem-Schuch: Kameradschaft in der Erziehung. Freunde der freien Schulgemeinschaft willkommen.
15. Kreis. Sonntag, den 29. Oktober 1923, abends 7 Uhr, in der Schule Postfach. Öffentliche Versammlung aller Mitarbeiter und Mieter. Tagesordnung: 1. Goldmark und Aufhebung der Wohnungswirtschaft? Referent: Herr F. Dörig vom Gen. Berlin. 2. Die Verwirklichung der Arbeitergemeinschaft mit dem Mieterverband. Freie Aussprache.

## Sport.

Die Olympia-Madrenbahn, die fünf Monate verlassen dalag, hatte am gestrigen Sonntag infolge des interessanten Programms einen Massenbesuch zu verzeichnen. Die Dauer- und Hitzegerennen gelingen gut. Ergebnisse: Rekord Preis, 10 Kilometer: 1. Romanow 9:04; 2. Salchow 11:02; 3. Samal 13:02; 4. Steubring 16:02; 5. Rutschow 20:02. 5 Kilometer: 1. Salchow 6:50; 2. Samal 8:20; 3. Steubring 10:00; 4. Romanow 11:00; 5. Rutschow 13:00. 1000 Meter: 1. Rutschow (offen für die zweiten der Vorläufe); 2. Stal; 3. Händler (1/2); 4. Renschelbacher (1/2); 4. Mühlh. 2. G. D. lauf (offen für die Sieger der Vorläufe): 1. Dahn; 2. Peler (1/2); 3. Rängner (1/2); 4. Hoffmann (1/2). 3000 Meter: 1. Dahn; 2. Peler (1/2); 3. Rängner (1/2); 4. Otto Tich (1/2). 24 Starter. Teilnehmer: 3. Nummer: Ruper, Linfener, Tich; 6. Nummer: Rogowski, Ruper, Vogel; 9. Nummer: Linfener, Jenke Tich; 12. Nummer: Tich, Mühlh, Tschiff.



